

AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (20)



5. Juni 2014

Liebe Freundinnen und Freunde!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagsitzung fand am 4. Juni statt. Dieses Mal waren die beiden Anträge auf der Tagesordnung, die wir vor Gericht erstritten hatten. Zu einigen anderen Themen haben wir uns an der Debatte beteiligt. Wir berichten in dieser Post über:

Antrag DIE LINKE: Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“

Antrag DIE LINKE: Überregionale Beteiligung der OVAG Energie AG

Antrag DIE LINKE: Herausgabe der Datenbasis des „Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen“ des Wetteraukreises

Schulentwicklungsplan: Oberstufe an der Singbergschule, Wölfersheim

Einrichtung einer Buslinie von/nach Konradsdorf

Resolution zur Verurteilung einer Aktion der Jungen Nationaldemokraten

Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“

Zur Erinnerung: Die Behandlung dieses Antrags von 2012 wurde vor Gericht erstritten. Dennoch kamen in der Debatte immer wieder die Sprüche: „Das Thema Vermögenssteuer gehört hier nicht her. Der Kreistag ist das falsche Gremium.“ Aber genau das hatte das Gericht anders gesehen – deshalb musste der Antrag im Kreistag behandelt werden.

Es ging in dem Antrag ja nicht um die Einführung der Vermögenssteuer. DIE LINKE. hatte beantragt, dass der Wetteraukreis dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ beitreten sollte.

Es sind so viele Rechtsanwälte in diesem Kreistag. Können sie den Unterschied nicht verstehen oder wollen sie nicht?

Herr Heidt von der FDP wollte von einer Vermögenssteuer überhaupt nichts wissen:
„Davon haben die Kommunen sowieso nichts.“ Man staunt über so viel Kompetenz...
Auch er ist Rechtsanwalt. Die armen Mandanten!

Der Antrag ist auf der homepage der Linken Wetterau zu finden.

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/122-unser-kreis-braucht-geld-verm%C3%B6genssteuer-jetzt.html>

Hier unsere Rede:

*Sehr geehrte Frau Kreistagsvorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,
ich spreche heute zu einem Antrag vom 5. Dezember 2012. DIE LINKE musste erst klagen,
damit er heute auf der Tagesordnung steht. Bedauerlich. Die Prozesskosten hätte man
wirklich einsparen können.*

*Meine Damen und Herren, in so vielen Fällen trat zu Tage, dass die unzulängliche finanzielle
Ausstattung der Kommunen eigentlich nicht mehr tragbar ist. Einige der Anwesenden
bestätigten das in den letzten Monaten selbst eindrucksvoll in der Presse. Da war zum
Beispiel zu lesen:*

*Glauburg und Ortenberg klagten: nicht gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern gegen
die Abwälzung der Kosten auf die Gemeinden (April 2014).*

*Die Bürgermeisterin von Ranstadt sieht bei der Sparpolitik „die Grenzen des Machbaren
erreicht“ (31.3.14)*

*Der Bürgermeister von Butzbach befürchtet durch die fehlende Finanzausstattung der
Kommunen eine Aushöhlung der Selbstverwaltung. (10.4.14)*

*Der Bürgermeister von Echzell bemerkt: „man könne eine Kommune nicht wie ein Unter-
nehmen führen“ und kritisiert, dass allein durch Sparen kein Haushalt zu sanieren sei. (8.4.14)*

*Der Bürgermeister von Niddatal konstatiert wegen der Sparpolitik eine „Abgestumpftheit
gegenüber sozialen Belangen“. (8.4.14)*

*Und Herr Lux (SPD) verstieg sich sogar zu kämpferischen Aufrufen gegen die Sparpolitik.
„Steht endlich auf Genossen, wehrt euch!“ war sein Schlachtruf. (7.4.14)*

*Ich vermute jetzt mal voreilig, dass Sie diesen Antrag heute dennoch ablehnen werden.
Das wäre äußerst bedauerlich. Man könnte auf die Idee kommen, es habe sich mal wieder
nur um Wahlkampfgetöse gehandelt und ansonsten wird der Mißstand weiter kritiklos
verwaltet.*

Dabei wäre es an der Zeit, sich endlich wirklich zu wehren. Wirksam.

*Der Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ hätte schon in den vergangenen
eineinhalb Jahren genutzt werden können, um für eine bessere Ausstattung der Kommunen
öffentlichkeitswirksam zu kämpfen. Gemeinsam mit anderen Kreisen, Städten und
Gemeinden. Einzelne Presseartikel bewirken nicht, was ein Bündnis bewirken kann.
Deshalb beantragen wir weiterhin den Beitritt.*

*Es kann nicht so weiter gehen, dass die Bürger mit höheren Grundsteuern, Straßenbeiträgen,
Kindergartengebühren, Fahrpreisen, usw. immer stärker belastet werden - und auf der*

anderen Seite die großen Vermögen steuerlich entlastet werden. Es kann nicht sein, dass seit Jahren auf eine Vermögensteuer verzichtet wird.

Leider ist auch hier im Hause die Besteuerung großer Vermögen mit einem Tabu belegt. Bei Überlegungen zu Einnahmen kommen nur der Mittelstand und die Normalverdiener vor. Mehr ist offensichtlich nicht denkbar. Weder Gewinnabführung der Sparkasse – macht jetzt übrigens Hanau – und schon gar nicht eine Vermögenssteuer.

Doch wer ein funktionierendes soziales Gemeinwesen will, der kann nicht auf eine Besteuerung der reichen Vermögen verzichten.

In einer längeren Debatte äußerten sich einige Kreistagsabgeordnete positiv zu der Idee, eine Vermögenssteuer zu fordern. Michael Rückl, Fraktionsvorsitzender der Grünen sprach davon, dass umverteilen der großen Vermögen nötig sei. Dennoch würden die Grünen nicht zustimmen.

In der Abstimmung gaben dann drei Grüne unserem Antrag ihre Stimme und folgten dem Fraktionsbeschluss nicht. Also 5 Stimmen für den Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ – alle anderen dagegen.

Überregionale Beteiligung der OVAG Energie AG

Der zweite Antrag, der mit Gerichtsbeschluss auf der Tagesordnung landete, betrifft eine überregionale Beteiligung der OVAG. Wir wollten, dass regional investiert wird.

Den Antragstext kann man hier lesen: <http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/124-in-der-region-investieren.html>

Rudi Kreich führte dazu aus:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, im Juli 2012 hat sich die OVAG Energie AG mit einem Volumen von 21,5 Millionen € an einem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk in Bremen beteiligt. Dies sind 4,95% des Gesamtvolumens. Beschlossen wurde das im Mai 2012 von einer ganz großen Koalition in der Versammlung des ZOV aus CDU, SPD, FWG, FDP und der Mehrheit der Grünen - Fraktion . In die Stromproduktion einzusteigen, halten auch wir für richtig. Sich jedoch an über-regionalen Großprojekten zu beteiligen, diesen Weg halten wir für grundsätzlich falsch. Der Gegenvorschlag der LINKEN, ein Blockheizkraftwerk oder ein kleineres Gas- und Dampfkraftwerk in der Region zu errichten wurde leider nicht unterstützt. Meine Damen und Herren, dies ist schon erstaunlich, da im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP festgeschrieben wurde, dass „regionale Investitionen eindeutig Vorrang haben sollen.

Eine Investition von 21,5 Millionen in der Region hätte der heimischen Wirtschaft sicherlich gutgetan, Arbeitsplätze gesichert und eventuell auch neue Arbeitsplätze, möglicherweise auch dauerhafte, geschaffen.

Fraglich bleibt, ob sich diese Investition in Bremen für die OVAG Energie AG rechnen wird. In der FAZ - im März 2013 - war zu lesen, dass sich die hessischen Versorger HSE, Darmstadt, mit 40 Millionen und die Mainova, Frankfurt, mit 60 Millionen an dem Gas- und Dampfkraftwerk Irsching 5 östlich von Ingolstadt in Bayern beteiligt haben. Dieses Kraftwerk ging 2010 in Betrieb, und obwohl eins der modernsten seiner Art weltweit, steht diese Anlage praktisch still und schreibt rote Zahlen. Zitat der FAZ „Irsching 5 scheint für beide

Unternehmen zum Millionengrab zu werden“. Dies könnte auch bei der Investition der OVAG Energie AG in Bremen passieren.

Vor diesem Hintergrund halten wir regionale Lösungen ökologisch und ökonomisch für sinnvoller und stellen diesen Appell antrag.

Eine Verweisung in die Ausschüsse lehnt meine Fraktion ab.

Der Antrag wurde abgelehnt. Die Koalitionsvereinbarungen würden im Kreistag gelten und nicht für die ZOV und auch nicht für die OVAG.

Herausgabe der Datenbasis des „Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen“ des Wetteraukreises

Wir beantragten, dass der Kreis die Datenbasis öffentlich macht, die dem „Schlüssigen Konzept der Mietobergrenzen“ zu Grunde liegt. Das neue Konzept selbst wurde den Kreistagsfraktionen dieses Mal ausgehändigt. Doch ist ohne die Datenbasis nicht nachzuvollziehen, wie die Aussagen im Konzept zustande kamen. Man kann sie nicht überprüfen.

Natürlich lehnten alle Fraktionen diesen Antrag ab. Hauptargument: es gibt Daten, die Rückschlüsse auf Personen zulassen. Für das letzte Konzept erhielten wir die Datenbasis von einem klagenden Betroffenen. Nicht eine Eintragung konnte auf konkrete Personen zurückgeführt werden.

Unsere Rede dazu:

„Seit Januar 2014 gelten die neuen Mietobergrenzen für den Wetteraukreis. Dafür wurden Wohnungsdaten erhoben. Sie geben an, rund 16 000 Wohnungsdaten in die Datenbasis einbezogen zu haben. Die im Konzept enthaltenen Schlussfolgerungen – also die Höhe der Mietobergrenzen – sind ohne die Datenbasis nicht nachvollziehbar. Wir beantragen deshalb, dass nicht nur das „Schlüssige Konzept“ sondern auch die Datenbasis an die Kreistagsfraktionen ausgehändigt wird.

Wir bezweifeln nicht, dass Sie die rechtlichen Vorgaben zur Erstellung eines „Schlüssigen Konzepts“ beachtet haben. Aber ob es schlüssig ist, das ist die Frage. Sagen Sie jetzt nicht, das hätte diese Woche das Gericht entschieden. Das Gericht hat nicht die Schlüssigkeit entschieden. Es wurde die Beschwerde einer Frau als unzulässig erklärt – nicht als unbegründet.

Sie werden jedoch nachvollziehen können, dass wir die Grundlagen des Konzepts gerne verstehen und nachvollziehen wollen. Denn bei einem Vergleich mit den Mietobergrenzen von 2005 ist uns aufgefallen, dass es in einigen Kommunen seitdem keine Steigerungen der Mietobergrenzen gab. In einigen Kommunen sind die Mietobergrenzen gar herabgesetzt worden – so bei Zwei-Personen-Haushalten in Bad Nauheim, Bad Vilbel, Hirzenhain, Gedern und Kefenrod.

Zuletzt möchte ich darauf verweisen, dass andere Kommunen diese Daten freigeben. Die Basis ist das Informationsfreiheitsgesetz.“

Schulentwicklungsplan: Oberstufe an der Singbergschule, Wölfersheim

In dieser Kreistagssitzung wurde von der Koalition der neue Schulentwicklungsplan für die Allgemeinbildenden Schulen eingebracht. Das 600-Seiten starke Werk ist keine Neuschöpfung. An vielen Schulen ändert sich nichts oder wenig. Dennoch gab es eine erregte Debatte und einige Anträge der CDU. Warum?

Bis zur Juli-Sitzung des Kreistags soll der Plan von den Fraktionen durchgearbeitet sein. Die CDU monierte den kurzen Zeitraum und beantragte eine Verlängerung bis Oktober. Das wurde abgelehnt.

Die Einführung einer Oberstufe an der Wölfersheimer Singbergschule passt der CDU nicht. Sie fürchten, dass die umliegenden Gymnasien Schüler/innen verlieren könnten. Wir argumentierten:

„DIE LINKE. befürwortet eine Oberstufe an der Singbergschule Wölfersheim. Wir denken dabei nicht an eine Konstruktion, die von einem Gymnasium als Außenstelle betrieben wird. Dies halten wir für keine kluge und zukunftstaugliche bildungspolitische Lösung.

Die Singbergschule ist eine Gesamtschule. Bekanntlich fördern Gesamtschulen mit großem Erfolg auch Kinder aus den so genannten „bildungsfernen Schichten“.

Gesamtschulen stehen nicht für Selektion in unterschiedliche Schulformen.

Sie stehen für die Einbeziehung aller Schichten und nicht für die Aufspaltung in soziale Rangordnungen. Dafür steht das Gymnasium in einem vielgliedrigen Schulsystem.

DIE LINKE. sieht im Konzept der Gesamtschulen eine Möglichkeit, soziale Deklassierung zu vermeiden.

Dementsprechend unterstützt DIE LINKE. Fraktion eine eigenständige Oberstufe in Wölfersheim und nicht die Anbindung der Oberstufe an das Burggymnasium.“

Jetzt ist der Schulentwicklungsplan in den Ausschüssen und wird weiter beraten.

Einrichtung einer Buslinie von/nach Konradsdorf

Nachdem unser Vorstoß für die Buslinie Büdingen-Konradsdorf im Februar abgelehnt wurde, stand heute ein Antrag der Freien Wähler auf der Tagesordnung.

Mit Verbissenheit versuchen vor allem SPD und FDP diese Buslinie zu verhindern. Sie möchten keinen Präzedenzfälle schaffen. Für Sonderwünsche gäbe es kein Geld in der Kreiskasse und außerdem stünden zahlreiche rechtliche Hindernisse im Weg.

Die Koalition bot einen „Kompromiss“ an: Büdingen zahlt 25 000 Euro im Jahr, die Mehrkosten trägt der Kreis. Ansonsten gebe es keinen Bus. Besonders die Grünen warben für diese Variante. Ein Kompromiss ist das für Büdingen nicht, denn die Kosten sind damit weitgehend gedeckt. Es handelt sich um die Verlagerung der Kosten vom Kreis zur Stadt Büdingen und fast schon um Erpressung.

Die Elterninitiative, die sich für die Busverbindung einsetzt, hat immer wieder versucht, Angebote zu erarbeiten und Hindernisse aus dem Weg zu schaffen. Vergebens.

Unser Redebeitrag: „Man hatte wohl gedacht, die Initiative der Eltern würde im Sande verlaufen. Doch stattdessen stellten sich die Eltern als Langstreckenläufer heraus. Mit den runden Tischen wurde die Buslinie nicht geschaffen sondern verzögert. Es wurden keine Lösungen erarbeitet. Waren Lösungen gewollt?

Es geht darum dass etwa 200 Schülerinnen und Schüler aus Büdingen in die Gesamtschule Konradsdorf gehen können. Die freie Schulwahl ist ein bildungspolitisches Ziel der Landesregierung.

Sie wollen keinen Präzedenzfall schaffen. Was heißt Präzedenzfall?

Es gibt bereits so einen Fall: die Busverbindung zwischen Rockenberg und der Singbergschule in Wölfersheim.

Die LINKE wird den Antrag der Freien Wähler unterstützen.

Außerdem ist die Darstellung des Sachverhalts durch Herrn Schneider (SPD) nicht richtig. (Er hatte das Scheitern der Buslinie der Firma Balsler angelastet, die ihr Angebot zurückgezogen hatte.) Nur weil die ZOV ein Veto eingelegt hatte, konnte die Buslinie vom Regierungspräsidium nicht genehmigt und eine freie Trägerschaft nicht anerkannt werden. Dass die Firma Balsler bei dem Hick-Hack ihr Angebot zurückzog, ist durchaus verständlich. Das heißt aber nicht, dass der Wetteraukreis keine Entscheidung über eine Buslinie treffen könnte. Das ist gesetzlich durchaus möglich. Dass Büdingen für die Buslinie zahlen soll, ist nicht richtig. Der Schulträger ist der Wetteraukreis.

Wir machen darauf aufmerksam, dass der Kreis dem Problem des Schülertransports sowieso nicht entgehen kann: Wenn im Zuge von Inklusion Förderschulen geschlossen werden, wird das weite Transportwege zu den verbleibenden Förderschulen zur Folge haben.

Freie Schulwahl und Schülertransport gehören zusammen.“

Der Antrag, eine Buslinie einzurichten, wurde abgelehnt mit der Mehrheit der Regierungskoalition. Die CDU enthielt sich. Freie Wähler und Linke stimmten dafür.

Resolution zur Verurteilung einer Aktion der Jungen Nationaldemokraten

Mit allen Stimmen außer denen der NPD wurde eine Resolution abgenommen, in der der Kreistag eine Kampagne der Jungen Nationaldemokraten verurteilt.

In den letzten Wochen erhielten linke und antifaschistisch engagierte Politiker/innen im Wetteraukreis Post von den Jungen Nationaldemokraten, der Jugendorganisation der NPD. Die Briefe sollen offensichtlich einschüchtern und signalisieren: wir wissen, wer du bist und wo du wohnst...

Auf einer beiliegenden Kondompäckung steht: „Sie vermehren sich blitzartig, nerven, kosten unser Geld und haben eigentlich keinen Nutzen – die Politiker der korrupten Altparteien. Sie tun so, als ob sie sich für unsere Probleme interessieren, um dann jahrelang in den Parlamenten eine ruhige Kugel zu schieben. Sie wollen die

multikulturelle Gesellschaft, die unsere Kultur zerstört. Sie lassen zu, dass sich unsere Gesellschaft überfremdet. Die JN hat die Lösung: Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche.“

Das zeigt, dass der Aufwind der Rechten in Europa auch hier vor Ort ermuntert, demokratische Formen der politischen Auseinandersetzung zu verlassen. Faschismus bleibt auch 69 Jahre nach seiner Zerschlagung in Deutschland ein Verbrechen und nicht einfach nur „eine andere Meinung“. Das zeigen nicht zuletzt die NSU-Morde.

Bemerkung am Rande: Ob die schon mal ihre eigenen NPD-Kreistagsabgeordneten beobachtet haben? Die haben nie Unterlagen dabei, spielen im Kreistag und den Ausschüssen mit dem smartphone und schieben eine mehr als ruhige Kugel.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi